

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Biwettjährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illust. Beilage 6.90 M.
Ausgabe B 6.45 M. Zu Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.35 M. Ausgabe B 6.90 M.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Werktagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeit-Spaltseite 60 M., im Blattmetall 1.50 M. Familien-Anzeigen 50 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Herausgeber aufgegebene Anzeigen können wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Der päpstliche Nunzius in Berlin

Berlin, 30. Dezember. Man schreibt uns: Der päpstliche Nunzius in Minden, Msgr. Bacelli, führt gegenwärtig in Berlin Verhandlungen mit der Reichs- und der preußischen Regierung über bestimmte Fragen, die mit dem Vatikan zurzeit schwelen. An die Tatsache dieser Unterredung sind verschiedentlich Vermutungen geknüpft worden, die aber keineswegs begründet sind. So hieß es, die Reise Bacellis diene hauptsächlich dem Zwecke, den Boden zu bereiten für eine Aktion Bayerns zu einem eigenen katholischen Staat, der unmittelbaren Anschluß nach den katholischen Alpenländern und von da noch Italien suchte. Diese

Idee ist eine Fabel. Sie hat nie irgendwo im Ernst bestanden. Es erübrigert sich daher auch, zu erklären, daß Bacellis Berliner Versprechungen mit einem solchen Plane auch nur das Geringste zu tun haben. In der Hauptsache handelt es sich lediglich um kirchliche Verwaltungsumfaßnahmen in Deutschland, an deren Gestaltung der Vatikan ein besonderes Interesse hat und hier wiederum insbesondere um die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Köln. Bacelli wird sich zu diesem Zwecke auch direkt nach Köln begeben.

Warum?

• In den letzten Tagen hat sich am Kopfe der „Sächsischen Volkszeitung“ eine kleine Veränderung vollzogen. Räumlich in der Angabe des Bezugspreises. Er mußte leider nochmals erhöht werden. Alle Zeitungen in den großen und kleinen Städten sind gezwungen, ab 1. Januar eine recht wesentliche Erhöhung des Bezugspreises einzutreten zu lassen. Dabei wird — um das gleich vorweg zu nehmen — die „Sächsische Volkszeitung“ immer noch zu den Blättern gehörigen, die an Höhe des Bezugspreises hinter anderen Organen zurückstehen. Trotzdem haben sich, es braucht das eigentlich kaum betont zu werden, die Geschäftsleitung im Verein mit dem Vorstand des Katholischen Brehvereins und dem Aufsichtsrat der Sagonia-Buchdruckerei G. m. b. H. nur sehr schwer entschlossen, diese Erhöhung vorzunehmen. Aber die Entscheidung ist dann einstimmig gefallen und mußte so gefällt werden, weil niemand sich der Einsicht verschließen konnte, daß wir es hier mit einer unabdingten Notwendigkeit, mit einer Existenzfrage zu tun haben. Alle entgegenstehenden Bedenken, denen sich Redaktion und Geschäftsleitung am allerwenigsten verschlossen haben, mußten angefangen des bitteren Ernstes der Lage im Zeitungswesen zurückgestellt werden. Und wir zweifeln keinen Augenblick, daß unsere Abonnenten, daß das treue katholische Volk ebenso von dieser Notwendigkeit überzeugt werden, wenn sie sich folgendes vergegenwärtigen:

Die Frage, wie steht es mit dem Zeitungsgewerbe überhaupt und damit naturgemäß auch mit der „Sächsischen Volkszeitung“, löst sich durch einige knappe Zahlen ehrlich, aber um so eindringlicher beantworten. Wir führen nur folgendes an: Von Kriegsausbruch 1914 bis Oktober dieses Jahres sind gestiegen: 1. Druckpapier um circa 600 Prozent, 2. Kohle um circa 700 Prozent, 3. Schriftmetall um circa 500 Prozent, 4. Maschinendöhl um circa 500 Prozent, 5. Druckfarbe um circa 600 Prozent, 6. Druckfarbe um circa 400 Prozent, 7. Reparaturen um circa 300 Prozent, 8. Löhne der Drucker um circa 300 Prozent, 9. Maschinenteile um circa 1200 Prozent, 10. Postgebühren um circa 100 Prozent.

Angesichts dieser Zahlen wird doch mancher Leser erstaunt aufblicken und mit Recht die Frage aufwerfen, wie es denn überhaupt möglich war, daß sich die Zeitungen, daß vor allem die politischen Blätter mit diesem geringen Bezugspreis auskommen konnten. Die Presse — und das muß einmal deutlich zum Ausdruck gebracht werden — hat von den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen sie seit Kriegsausbruch zu kämpfen hatte, doch recht wenig Aufhebens gemacht. Über die Zuschriften einiger Abonnenten belehren uns, daß man mancherorts noch keine Ahnung zu haben scheint von diesen Schwierigkeiten. Die oben angeführten Zahlen haben die Lage bis zum Oktober 1919 dargestellt. Vom 1. Januar 1920 ab verschlimmerte sie sich noch um ein bedeutendes. Die Löhne steigen um weitere 25 Prozent, der Preis für die Farbe um weitere 60 Prozent, der Preis für Papier um weitere 70 Prozent. Es kann daher doch kaum ein Zweifel sein, daß die Erhöhung des Abonnementspreises sehr wohl gerechtfertigt ist. Obne Bestellgeld und ohne illustrierte Beilage kostet sie „Säch-

sische Volkszeitung“ ab 1. Januar im Monat 2 Mark, erhöht sich also um 75 Pfennig. Es darf aber niemand glauben, daß dadurch auch nur die Unkosten im entferntesten gedeckt werden. Die Zeitung hat bis jetzt im Monat ohne Bestellgeld 1.25 Mark gekostet. Ab 1. Januar kostet aber uns ein Exemplar der „Sächsischen Volkszeitung“ bei der jetzigen Seitenzahl allein an Papier im Monat 1.35 Mark. Dazu kommen die übrigen Herstellungskosten, die sich für uns pro Monat und pro Exemplar auf rund 3 Mark belaufen, so daß uns das Exemplar der Zeitung im Monat 4.35 Mark kostet, während der Abonnent nur 2 Mark bezahlt. Dieser Aussfall kann nur durch die Hebung des Insertanteiles ausgeglichen werden und diese Hebung wird und kann sich nur dann ermöglichen lassen, wenn die Zahl der Abonnenten sich vermehrt und zwar in noch weit stärkerem Maße, als das bisher der Fall ist.

Das sind die Gründe, warum wir unsere Abonnenten bitten, nicht nur der „Sächsischen Volkszeitung“ die Treue zu bewahren, sondern noch weit eifriger wie bisher für sie zu werben und sie in jeder Hinsicht zu unterstützen. Sollen wir noch ein Wort verlieren über die Notwendigkeit der Unterstützung der täglich erscheinenden katholischen Presse gerade in unserer Zeit und vor allem in Sachsen! Wir glauben wirklich, daß das für unsere Leser in diesem Zusammenhang nicht notwendig ist. Wir möchten nur eins anführen. Die bekannte Wochenschrift „Allgemeine Rundschau“ beflagt in einem Artikel, der dasselbe Thema behandelt, mit Recht die Geringfügigkeit der geistigen Arbeit und sagt dann folgendes:

„Deutsche Katholiken! Folgt keinem nicht, die Euch von der geistigen Bildung abwenden wollen! Während die Zahl Eurer Söhne und Töchter auf den Universitäten in eindrückendem Maße angestiegen ist, nimmt die Zahl nichtchristlicher und nichtdeutscher Studierender an den deutschen Hochschulen aufschwindend. Jedes so positiv gerichtete Holtzesteck sieht wieder in Kreuzfahrt. Uneinigkeit oder Gleichgültigkeit ergeben und die großen Geschichtspunkte aus dem Auge verlieren, fügt der lachende Dritte zwifflig hinter den Büchern und studiert. Das Volk aber, über der Holtzesteck, der die geistige Arbeit vernachlässigt, wird natürlich unvorbereitet unterliegen. Drum, deutsche Katholiken, erhaltet Eure geistige Bildung stet.“

Auch den sächsischen Katholiken rufen wir zu: Erhaltet nicht nur Eure geistige Bildung, die täglich auf dem Platz ist, sondern unterstützt sie unermüdlich und helft am Ausbau mit! Warum? Die Angriffe auf allen Gebieten gegen das Christentum im allgemeinen und die katholische Kirche im besonderen geben Euch die Antwort darauf. Wir werden nicht unterliegen, wenn wir arbeiten und wenn die Katholiken für ihre Presse sorgen, die täglich für ihre politischen und kulturellen Interessen eintritt.

Sozialistische Weihnachten

So lebt sich die Sozialisten aller Richtungen politisch und wirtschaftlich bis aufs Blut bekämpfen, so einig sind sie in ihrer Front gegen Gottesglauben und Christentum. Das konnte man gerade jetzt bei der Stellungnahme der sozialistischen Organe zu dem Weihnachtsglauben und dem christlichen Geiste des Weihnachtstisches beobachten. Wir wollen nur die beiden führenden Organe der sozialistischen Richtungen, den „Vorwärts“ für die Wehrheitssozialdemokratie und die „Freiheit“ für die Unabhängigen für die beispieligen Betrachtungen heranziehen. Der Ton ist bei dem

einen gemäßigter wie bei dem anderen, die Tendenz ist aber genau die gleiche: nämlich Verhöhnung des Weihnachtsglaubens! Der „Vorwärts“ verspottet die Menschheit, weil sie dies „Fest der Liebe“ begeht. Von Christus wird gesprochen als dem „von Sogen umwohnen Juden von Nazareth“. Die Betrachtungen des „Vorwärts“ kommen zu dem Schlusse, daß es nicht nur eine Vermessensheit, sondern vielmehr eine „notwendige Erkenntnis“ sei, „daß es mit der Liebe auf Erden nicht geht“. Und dann sagt der „Vorwärts“: „In die Stelle des Himmelreiches und der Nirgendländer seien wir das helle unerbittlich wahre Bild der Erde, auf der wir leben und der Menschen, die wir sind, und an die Stelle der Liebe seien wir die Solidarität, die nüchterne Wahrheit vom Wohle aller durch alle“. Und zum Schlusse heißt es: „Nun wollen wir Menschen sein und nichts weiter und wollen es dem Menschen überlassen, uns zu Engeln zu befördern.“

Man sieht, daß die erbärmlich kalte Materialistin der Sozialdemokratie in nichts sich verändert hat. Das Wert Gedicht: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Späten“, ist immer noch das Glaubensbekenntnis der Sozialdemokraten.

Um nicht viel besser, ja im Hohn und Spott noch schroffer, äußert sich das „Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands“, die „Freiheit“, über das Weihnachtsfest. Auch dieses Blatt spricht von der Christuslegende, von der Legende vom „Zimmermannssohn aus Bethlehem“ und vergleichbar mehr. „Der Erlöserglaukun mußte gerütteln an der realen Macht der Totischen“ lautet die Schlussholgerung dieser sozialdemokratischen Richtung. Was Geistes Kind sie ist, gibt sie auch unverhohlen zu erkennen durch die Überschrift des Weihnachtstitels, die bezeichnenderweise lautet: Revolution, nicht Erlösung! In dem Artikel heißt es dann auch nicht der Glaube an die himmlische Erlösung tut uns not, sondern die Arbeit für die irdische Revolution“. Es wird dann gehobt, darüber, daß „das von den Pfaffen gepredigte Wohlgefallen sich noch immer nicht einstellt“ wolle. Und zum Schlusse heißt es in einer wahrhaft zynischen Weise: „So feiern wir dieses Weihnachtsfest nicht als gläubige Christen, die auf die himmlische Erlösung harren, sondern als die Soldaten der Revolution, als Kämpfer für den Sozialismus!“ Und das Glaubensbekenntnis der Freiheit wird dann an anderer Stelle zusammengefaßt in einem „Gedicht“ mit dem Titel: „Kein Friede auf Erden!“ dessen Schlüpfrophe in Umkehrung eines uns allen ehrtürdigen Spruches lautet: „Ehre sei uns in der Tiefe, und Kampf auf Erden und die Erde gehört allen! Und von einer solchen Seelen- und Weisheitsfülle erhoffen diese Weltverbesserer den „Frieden der Menschheit“! Kein Wunder, wenn sie nur auf Hoh und Kampf eingestellt sind und wenn sie nichts von der Menschheitsliebe kennen, von der sie ja auch nichts wissen wollen.

Weder politisch — noch christlich

Das führende Zentrumsorgan in Bayern, die „Augsburger Postzeitung“ hat zur Frage des Einheitsstaates in sehr sachlicher Weise Stellung genommen und sich ebendadurch einige Gegnerin gemacht. Daß sie mußte natürlich wieder einmal Erzberger herhalten. Das nimmt nur die „Augsburger Postzeitung“ (Nr. 578) zum Anloß, sich zum Kampf gegen Erzberger zu äußern, und zwar wie folgt:

„Doch unter erster Artikel in dieser Angelegenheit als Arbeit der Herrn Erzberger behandelt wird, erwähnen wir nur nebenbei. Nur wer Politik auf Grund persönlicher Antipathien statt noch sachlichen Gründen treibt, wird sich mit solchen Schnüffeleien unterhalten. Wir können aber erklären, daß unsere Beziehungen zu Herrn Erzberger vielleicht weniger sind, als manche Leute glauben. Sie bestehen hauptsächlich darin, daß wir unabhängig genug sind, einen Mann, der uns konfessionell und parteipolitisch nahe steht, nicht als Gegner zu behandeln, ohne daß wir dazu Grund zu haben glauben. Und wir sehen einen solchen Grund nicht. Daß politische und konfessionelle Gegner einen vielfach recht schmutzigen und gehässigen Kampf gegen ihn führen, wissen wir, aber beweisen ist von all den niederrädrigen Vorwürfen bis jetzt nichts. Wir haben aber nicht vor, die Geschäfte der Gegner zu bejubeln und stimmen deshalb nicht ein in ihr Scheitern gegen Erzberger, daß bekanntlich älter ist als Krieg und Revolution. Daß ekelhaft Kreieren veranlaßt uns höchstens, einmal geschweigen, wo wir vielleicht auch einmal ein nicht gerade unerlässliches Wort der Kritik gegen Erzberger zu sagen hätten. Wenn wir von der sachlichen Notwendigkeit einer Kritik an ihm überzeugt wären, würden wir damit

nicht hinter dem Berge halten. Persönlicher Haß aber, wie er da und dort sich breit macht, ein Haß, der sich vielleicht wohl über seine Herkunft gar nicht einmal klar ist, kann uns nicht anstreben. Dieses Gefühl halten wir weder für politisch noch für christlich, und es muß uns gerade in leichter Hinsicht als förmlich entsetzlich an, wenn dieser oder jener den Namen Erzberger auspricht in einem Ton, als sei dieser Mann der Auswurf der Menschheit. Im übrigen sind wir von Erzberger keineswegs fasziniert. Wir haben vor ihm die aldeutsche Kriegszielpolitik bekämpft und waren dieser Haltung auch treu geblieben, wenn Erzberger das später nicht auch getan hätte. Wir glauben, daß uns diese Objektivität mehr zur Ehre gereicht als anderen ihr unchristlicher persönlicher Haß."

Wir können diese Ausschüsse nicht nur begrüßen, sondern voll und ganz unterschreiben und unterstreichen.

Der Kaufmann Heinrich Ullens in Leer (Ostfriesland) ist, wie die "P. P. R." erfahren, wegen eines an die Reichsregierung gerichteten Schreibens, das Beschimpfungen gegen den Reichsfinanzminister Erzberger enthielt, aus Anloch eines vom Reichsfinanzminister gestellten Strafverfahrens wegen schwerer Bekleidigung von der dritten Strafkammer des Landgerichts I Berlin zu 400 M. Geldstrafe, im Richtertriebunzuhause zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

3. Unterzeichnung bereit

Berlin, 29. Dezember. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Reichsregierung auch die letzte Note der Alliierten erwidern. Die deutsche Antwort wird zu den Behauptungen der Entente eine neue Vorbehalt machen, im übrigen aber die Bereitwilligkeit aussprechen, das Pariser Schlusprotokoll unterzeichnen zu lassen. Die Note soll noch vor Neujahr an die deutsche Delegation in Paris abgehen.

Berlin, 29. Dezember. Heute vormittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit den Pariser Verhandlungen und mit der zu erzielenden Antwort auf die letzte Note Clemenceaus beschäftigte, die die vorbehaltlose Unterzeichnung des Zusatzprotokolls verlangt. Ein endgültiger Beschluss soll bisher noch nicht gefaßt worden sein. Es ist möglich, daß das Reichskabinett das Ergebnis des von den Ententeschverständnissen ausgearbeiteten Gutachtens abwarten will, ehe es die Ententeantworten beantwortet, doch wird von gut unterrichteten Stellen angenommen, daß sich das Kabinett mit der vorbehaltlosen Annahme des Zusatzprotokolls einverstanden erklären wird, da es damit rechnet, durch nachfolgende mündliche Verhandlungen eine Verminderung der Ententeansprüche betreffs des abzuliefernden Dokumentars zu erzielen, und dem Kabinett ferner davon liegt, durch eine baldige Ratifikation des Friedensvertrages die Heimkehr der Kriegsgefangenen und der Staats-Gefangen zu beschleunigen. Eine amtliche Nachricht darüber, daß die von London abgereisten Ententeschverständnisse bereits in Hamburg eingetroffen sind, liegt noch nicht vor, doch wird deren Ankunft als bereits erfolgt angenommen. Die Ententeschverständnisse dürfen sich noch einem kurzen Aufenthalt in Hamburg nach Danzig begeben, wobei es möglich ist, daß sie auf der Fahrt dorthin auch in Berlin kurze Zeit verweilen werden.

Basel, 29. Dezember. Der "Vorher-Progrès" meldet aus Paris: Nach einer halbamtlichen Ausschaltung wird in weiteren Verhandlungen mit der deutschen Delegation erst nach der Unterzeichnung des Schlusprotokolls eingetreten werden.

Brüssel, 29. Dezember. Am Sonntag vormittag ist hier die alliierte Konferenz zusammengetreten, welche die Frage der Beziehungen zu den bisher feindlichen Mächten zu prüfen hat. Infolge von Meinungsverschiedenheiten vertrat sich der Kongreß bis Montag.

Paris, 29. Dezember. Die gesamte Pariser Morgenpost meldet, daß der französische General Degoutte nach dem Infrastruktur des Friedensvertrages zum Oberkommandierenden des französisch-belgisch-englischen Besatzungsheeres im Rheinland ernannt werde.

Die kommende Präsidentenwahl in Frankreich

Basel, 29. Dezember. Die Wahl Clemenceaus zum Präsidenten der Republik scheint dem Vernehmen nach sicher zu sein. Da Clemenceau am Tage nach der Wahl mit dem ganzen Kabinett demissionieren will, glaubt man, daß Millerand Ministerpräsident wird, der auch die Absicht habe, das Ministerium des Außenfern zu übernehmen. Als Mitarbeiter werden genannt: Jauréac als Justizminister, André Lefèvre als Kriegsminister, Latrille bleibt Minister für die wiederherzustellenden Gebiete und übernimmt dazu noch das Ministerium für die industrielle Wiederherstellung. Als Finanzminister ist Loucheur in Aussicht genommen, doch erhält er eine Konkurrenz in Poincaré, der die ernsthafte Absicht haben soll, die Finanzen zu übernehmen. Da Poincaré noch der Präsidentenwahl doch noch einen Monat als Präsident der Republik im Amt bleiben muß, ist es möglich, daß nach einem Monat, das heißt mit dem Tage des Amtsantritts des neuen Präsidenten, eine abormalige Umbildung des Kabinetts stattfinden wird, bei der es als möglich gilt, daß Poincaré außer dem Finanzministerium auch das Ministerpräsidium übernimmt. Die Tatsache, daß Poincaré mit seinem Rücktritt von der Präsidentschaft nicht aus dem politischen Leben ausscheiden will, scheint festzustehen.

Die Politik des französischen Egoismus

Amsterdam, 29. Dezember. Camille Guynemer erklärt in einem Artikel über die internationale Lage, daß Europa, wenn die Demokratien des Westens weiterhin ihren Regierungen erlaubten, ihre blinde Politik des französischen Egoismus fortzuführen, zugrunde

gerichtet werde. In England, von wo er gerade herkommt, seien selbst die bestigsten Gegner Lloyd Georges davon überzeugt, daß Frankreich schuld daran sei, daß der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert wurde. Die französischen Chauvinisten seien mit dem Friedensvertrage nicht zufrieden. In englischen demokratischen Kreisen nehme man an, daß die Ratifikation hinausgeschoben werde in der Hoffnung, daß Deutschland zur Verzweiflung getrieben, Widerstand biete, was ein guter Vorwand sein würde, um die Hilfe der britischen Truppen zur Annexion des linken Rheinufers in Anspruch zu nehmen. Wenige Diplomaten und Staatsmänner der alliierten und assoziierten Mächte, die den Völkerbund unterzeichneten, hätten wirklich Vertrauen in die Kraft der darin festgelegten Grundsätze.

Die "ewig neutrale" Schweiz

Paris, 29. Dezember. Bertinax beschäftigt sich im "Echo de Paris" mit der Stellungnahme der Schweiz zum Völkerbundstatut. Die Schweiz stelle die ewige Neutralität der Schweiz auf die gleiche Stufe, wie die Amerikaner die Montevideo-Klausuren verlangen die Schweiz, daß das Statut erst rechtkräftig werden könne, wenn die fünf Großmächte, darunter Amerika an erster Stelle, es angenommen hätten. Wenn also Amerika außerhalb des Völkerbundes bleibe, dann werde sich die Schweiz freiwillig enthalten. Bertinax sagt, die Haltung der Schweiz kennzeichne den selbstsicheren Geist, in dem alle am Völkerbund teilnehmenden Staaten der großen Frage nähertreten.

Blutat eines französischen Soldaten

Nach, 29. Dezember. Am Sonnabend wurde hier in einer Nebenstraße der Metallarbeiter Keppe von einem Franzosen nach einem von leichten herbeigeführten Wortwechsel erschossen. Die gesamte Arbeiterschaft der Metallindustrie wird dem heute nachmittag stattfindenden Begräbnis bewohnen. Die großen Betriebe der Metall- und Nagelindustrie werden schließen. Zur Verhütung von Kundgebungen veröffentlicht der Oberbürgermeister heute vormittag ein Schreiben, das ihm vom kommandierenden General der hiesigen Besatzungstruppen, Divisionsgeneral Targe, zugegangen ist. Es heißt darin: Ich bitte Sie, der Familie dieses Arbeiters nochmals mein Bedauern auszudrücken, welches ich ihr bereits durch meinen Generalstabschef aussprechen ließ und ich übersende Ihnen beifolgend die Summe von 1000 Mark, welche ich bitte, der Familie als erste Beihilfe zu übermitteln. Die Ermordung des Keppe ist die Tat eines betrunknen Mannes, der sofort verhaftet worden ist und vor das Kriegsgericht gestellt werden wird. Die Familie des Keppe wird die Genugtuung erhalten, auf die sie Anspruch hat. Ich hoffe, daß, wie Sie selbst, auch Ihre Mitbürger in dem beklagenswerten Vorfall nur eine vereinzelte (?) verbrecherische Tat erblicken und sich bei Gelegenheit der Beerdigung nicht zu Kundgebungen hinreichen lassen, die ebenso ungerechtfertigt und unangebracht wären.

Aus Utrecht

Budapest, 29. Dezember. Heute früh wurden im ehemaligen Militärgefängnis auf dem Margarethenring weitere neun Hinrichtungen vollzogen. Gestern verkündete der Senatspräsident den Verurteilten die Abstammung der Begnadigungsfreiheit. Sämtliche Verurteilten waren gesetzt.

Budapest, 29. Dezember. Nach dem ungarischen Konsistoriengebäude ergab laut Erklärungen des Ministerpräsidenten Huszar die bisherige Unterbindung, betreffend die kommunistischen Kutschverträge, daß nicht so sehr Arbeiter als vielmehr Intellektuelle in die Verhöhnung verwickelt seien. Die Schuldigen seien geständig. Die Fäden der Verschwörung reichten, wie festgestellt sei, bis Venini. Es sei nicht nur Ungarns Interesse, sondern auch dasjenige der Nachbarländer und der westlichen Staaten, den Zustand aufzulösen und die Schuldigen zu bestrafen; denn wenn der Bolschewismus in Ungarn wieder aufflamme, würde er ganz Europa aufwühlen.

Wien, 29. Dezember. Eine Abordnung des Vereins zur Erhaltung des Deutschstums in Ungarn überreichte dem Staatskanzler eine Eingabe mit der Bitte, die Aufmerksamkeit des Obersten Rates darauf zu lenken, daß eine Reihe Deutscher Westungarns wegen österreichfreundlicher Haltung zu Freiheitsstrafen verurteilt würden. Der Oberste Rat möge die ungarische Regierung auweisen, die Unglücklichen sofort in Freiheit zu setzen und zu entschädigen.

Deutschlands Wirtschaftsnöt

Haag, 29. Dezember. Der Vertreter des "Amsterdamer Handelsblad" hatte eine Unterredung mit Dr. Gedicker von der deutschen Gesandtschaft, die soeben aus Deutschland wieder nach dem Haag zurückgekehrt ist. Gedicker ist der Ansicht, daß man sowohl in wie außerhalb Deutschlands die Entwicklung der Lage in Mitteleuropa viel zu optimistisch betrachte. Er befürchtet, daß Deutschland bezüglich der Nahrungsmittelversorgung einem ähnlichen Schicksal entgegensteht wie Österreich, falls nicht besondere Maßnahmen getroffen werden. Wenn es in Deutschland zur Hungersnot kommt, würden die Spartakisten ihr Haupt wieder erheben und dann würde eine Katastrophe eintreten. Sämtliche Bedingungen für eine schnelle Wiedergeburt in Deutschland sind vorhanden, aber sie werden sich zu dem Gegen teil entwideln, falls nicht schon jetzt die Möglichkeit geschaffen wird, Deutschland mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Gedicker erinnert an die Aussage Hoovers, daß im Jahre 1920 wohl an 20 Millionen Menschen Hungers sterben müßten. Die deutsche Regierung könne die Ruhe im Lande nur gewährleisten, falls sie Nahrungsmittel zur Verfügung habe, und ohne Hilfe von außen wird das innerhalb dreier Monate nicht mehr der Fall sein. Wer Deutschland hilft, der hilft Europa.

Das Hochwasser im Westen

Düsseldorf, 29. Dezember. Der Rhein bei Düsseldorf führt seit dem gestrigen Tage starkes Hochwasser, das sogar die Hochwasser der gesuchten Jahre 1876 und 1882 noch übertrefft. Stürme und Niederschläge, die auch heute noch anhalten, lassen das Schlimmste befürchten. Die Kohlenförderung auf dem Rhein scheint mindestens auf zwei Wochen, wenn nicht für längere Zeit, stillzulegen zu müssen. Vom Ober- und Mittelrhein dürfte für längere Zeit kein Kohleschleppzug von der Ruhrgegend kommen. Der Schaden für unser Wirtschaftsleben ist ungeheuer. In der Nacht hat der Wasserschlag den bisher höchsten überstiegen und ist weiter stark im Steigen begriffen.

Karlsruhe, 29. Dezember. Das Hochwasser des Rheins bedroht die Stadt Kehl in ernster Weise. Die Notbrücke bei Kehl ist von den Fluten weggerissen. Am Rhein gelegene Teile der Stadt Kehl stehen unter Wasser. Die Ufer des Rheins bei Kehl und Strasbourg sind kilometerweit überflutet. Der Eisenbahnbetrieb im Aehler Brückenkopfgebiet mußte wegen des Hochwassers teilweise eingestellt werden, denn viele Ortschaften sind von der Hochwasser betroffen.

Frankfurt a. M., 29. Dezember. Infolge der starken Niederschläge in den letzten Tagen ist der Wasserstand des Main um 1,5 Meter gestiegen. Der Main trat bei Frankfurt über seine Ufer und rückte unter den dort im Gang befindlichen Liebauerwerken grohe Verwüstungen zu.

Berlin, 29. Dezember. Durch den Frost hat unser Verkehr, der schon so wie so im Argen liegt, eine weitere Hemmung erfahren. Auf dem preußischen Teile der Elbe liegen, wie wir hören, etwa 100 Schiffe fest.

Tarifverhandlungen der Eisenbahner

Berlin, 29. Dezember. (Amtlich) Die Tarifverhandlungen der Eisenbahner haben bereits zur Verständigung über eine Reihe wichtiger Punkte des Tarifvertrages geführt. Sie sind, wie bereits kurz mitgeteilt, vor dem Fest der Feiertage wegen bis 5. Januar vertagt worden. Vor der Verlängerung hat die Verwaltung noch Fühlungnahme mit den Gewerkschaften der Eisenbahnerarbeiter haben bereit erklärt, schon vom 1. Januar ab den Arbeitern nach Ortsklassen gestaffelt Zulagen zum jetzigen Stundenlohn zu zahlen. Dabei besteht Einverständnis darüber, daß die Sätze des Tarifvertrages keinesfalls unter die Zulage heruntergehen werden und daß die Arbeiter auf jeden Fall die im Tarifvertrage festzulegenden Zulagen rückwirkend vom 1. Januar 1920 ab nachgezahlt erhalten. Es handelt sich also bei diesen Zuschlägen nicht, wie behauptet worden ist, um einen Vorstoß, der etwa von den Arbeitern wieder zurückgezahlt werden müßte, sondern um eine teilweise Vorwegnahme des Tarifvertrages.

Zur Wohnungsnöt im Reiche

Berlin, 29. Dezember. Die Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens nehmen von Tag zu Tag zu. Es besteht in fast allen Teilen des Reiches ein starker Wohnungsmangel, der durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen und den Zustrom von Flüchtlingen aus den abzutretenden Gebieten noch gesteigert wird. Vermehrt wurden die Schwierigkeiten in der letzten Zeit in vielen Gegenden dadurch, daß Beamte aus den belebten Gebieten dorthin versetzt wurden. Dieser Zustand hat den Reichsarbeitsminister zu einer Verfügung veranlaßt, worin er sich sucht, die Versetzung von Beamten nach Gemeinden, in denen besondere Wohnungsnöt besteht, nach Möglichkeit zu verhindern und nur in ganz besonderen Fällen erfolgen zu lassen.

Meine Nachrichten

Berlin, 29. Dezember. Wie der "B. L." mitgeteilt wird, hat das Gericht heute in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich eine Pfändung vornehmen lassen, um die vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß verhängte Geldstrafe von 300 Mark sicherzustellen, die er zu zahlen sich geweigert hatte.

Berlin, 29. Dezember. Vom Reichswehrministerium wurde die dauernde Belegung Groß-Berlins mit Reichswehrtruppen in der Höhe von 15 000 Mann angeordnet, das ist etwas über ein Drittel des Truppenbestandes der Reichshauptstadt vor dem Weltkriege.

Rotterdam, 29. Dezember. "Daily Mail" meldet aus Stockholm: Englische Kriegsschiffe sind in der Kronstädter und in der Newaburg von neuem zusammengezogen. Das Eintreten von Eiswetter verhinderte die nere Offensive gegen Petersburg.

Stockholm, 29. Dezember. Nach einer Konstantinopeler Meldung vom 27. Dezember beginnen die Russischen Truppen von Odessa wegen des schnellen Vordringens der Bolschewisten die Stadt zu räumen.

Nachrichten aus Sachsen

Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sachsen) stellt mit Schluß dieses Jahres seine gewerkschaftliche Tätigkeit (Geschäftsstellen) ein. Damit ist der Gewerkschaftsverein endgültig erledigt. Die katholischen Arbeitervereine in der Sächsischen Verbands als solcher bleiben natürlich bestehen. Ebenso wie die katholischen Arbeitervereine in West- und Süden und ihre Verbände haben auch der Berliner Verband und seine ihm angehörigen Vereine große Aufgaben zu erfüllen. Die Mitglieder der Katholikenvereine werden nunmehr zu den christlichen Gewerkschaften übertragen. Das Organ des Verbands der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, "Der Arbeiter", hat in seiner Nummer 26 vom 28. Dezember ausdrücklich, daß es nicht zu billigen wäre, wenn Mitglieder sich zum Weitertritt zu anderen Organisationen entschließen sollten, und fügt dann fort: "Nachdem die katholische Organisation nicht mehr besteht, kommen für die katholischen Arbeiter für die Vertretung ihrer

Dienstag den 30. Dezember 1919.

Sächsische Volkszeitung

gewerkschaftlichen Interessen nur die christlichen Gewerkschaften in Frage. Wir sehen in unserer Mitglieder das vollste Vertrauen, daß ebenso wie sie bisher immer treu zu ihrer Verbandsleitung standen, sie auch jetzt mit ihr im Einvernehmen bleiben werden."

Der Verein Sächsischer Schuldirektoren hielt am 27. Dezember in Dresden für seine Mitglieder aus den Bezirken Dresden 1, 2 und 3, Pirna, Meißen, Kamenz, Großenhain, Freiberg und Dippoldiswalde eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende, Direktor Bäckel aus Dresden, sprach über die Lage, wie sie durch das Übergangsgesetz geschaffen worden ist. Die Direktoren stellten sich als Beamte auf den Boden des neuen Reiches, sie bekämpfen aber aufs schärfste die Bestimmungen, durch die sie rechtlich und wirtschaftlich schwer geschädigt werden. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, worin es u. a. heißt: Die in Dresden versammelten Schuldirektoren erheben erneut den schärfsten Einspruch gegen die Bestimmung in § 9 des Übergangsgesetzes, wonach die jetzt im Amt stehenden Schuldirektoren nach Ablauf einer dreijährigen Frist sich zur Wiederwahl stellen sollen. Diese Bestimmung enthält eine unerhörte Rechtsverletzung und steht im schroffsten Widerspruch zur Reichsverfassung, im Widerspruch zum sächsischen Civilstaatsdienstgesetz und im Widerspruch zu der amtlichen Anstellungsurkunde. Durch diese sind die jetzt Schuldirektoren eben als Direktoren für die betreffende Schule verpflichtet worden. In der weiteren Bestimmung, daß ein nicht zum Schulleiter wiedergewählter Direktor zwar in den Ruhestand übertragen kann, dann aber nicht den höchsten Ruhegehalt erhält, liegt für alle Direktoren eine schwere wirtschaftliche Schädigung, für die jüngeren aber der wirtschaftliche Zusammenbruch. Der Verein sächsischer Schuldirektoren bekämpft diese Rechtsverletzung und fordert, daß jene Bestimmung in § 9 aufgehoben und die Regierungsvorlage wiederhergestellt werde.

Sächsische Kriegsgefangene. Nach dem im Nachweis amts für Kriegsverluste vorhandenen Unterlagen sind von den in russische Gefangenshaft gerateten sächsischen Helden noch etwa 950 noch nicht in die Heimat zurückgekehrt. Trotz tätiger Mütterung auch der Noten-Arbeitsstellen im In- und Auslande konnte aber bisher nicht festgestellt werden, ob diese Soldaten sich noch inibirischen Gefangenengelagern oder auf der Flucht in die Heimat befinden, oder ob sie sich in der südlichen Ukraine angesiedelt haben oder durch Tod getrieben zu russische Dienste getreten sind. Die Nachforschungen werden in gewissenhafter Weise auch fernerhin fortgeführt.

Chemnitz. Am 1. Januar 1920 werden nicht weniger als vier Gemeinden des ehemaligen Bezirks der Amtshauptmannschaft Chemnitz Vereinigungen eingehen und nur noch zwei Gemeinden bilden; zunächst in der nächsten Nachbarschaft der Stadt die Orte Steinmar und Stelzendorf, dann aber noch die etwas entfernt gelegenen Dörfer Pfaffenbach und Seifersdorf die jetzt der Amtshauptmannschaft Stollberg zugesetzt sind. Das Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands für den Industriebezirk Chemnitz, Erzgebirge und Vogtland ist vom Besitzer auf fünf Tage verboten worden.

Röbelwisch, 30. Dezember. Die Beschaffungssicherung für Gemeindebeamte, Hilfsarbeiter und Gemeindearbeiter ist vom hiesigen Gemeinderat abgelehnt worden. Es wurde jedoch beschlossen, den Beamten und Arbeitern für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März eine angemessene Winterbeihilfe zu gewähren. Ein Beuch der Behörde um Bewilligung einer Beschaffungssicherung wurde vom Schulvorstande mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Mügeln bei Oschatz, 30. Dezember. Gegen die mangelhafte elektrische Stromversorgung hat eine Einwohnerversammlung lebhaften Protest erhoben. In einer Entschließung wurde betont, daß die Aktiengesellschaft Lauchhammer, die den Strom an die Überlandzentrale Gröba liefert, die Verteilung der ihr zur Verfügung stehenden elektrischen Energie nicht in der vorgeschriebenen Art und Weise vornimmt. Die Lauchhammer-Aktiengesellschaft haben ihren Betrieb ohne merkliche Unterbrechung aufrecht erhalten können, während andere Unternehmungen gewaltige Betriebs einschränkungen erleiden müssen.

Aus Dresden

**** Lebensmittelkartenbesicherung für die Stadt Dresden** siehe "Amtliche Bekanntmachung".

Hört, hört!

Der katholische Schulvorstand in Dresden hat seine Bekanntmachung, "Anmeldung schulpflichtiger Kinder für das neue Schuljahr betreffend", natürlich auch anderen hiesigen Blättern zugänglich gemacht und als bezahlte Bekanntmachung im Inseratenteile der "Dresdner Nachrichten" und der "Dresdner Neuesten Nachrichten" veröffentlicht. Es sind nun an uns eine große Zahl von Anfragen gelangt, worum denn die Bekanntmachung des katholischen Schulvorstandes nicht auch im Amtsblatt, dem "Dresdner Anzeiger" erschienen sei. Dazu können wir mitteilen, daß der "Dresdner Anzeiger" die Aufnahme der Bekanntmachung auch als bezahltes Inserat verwieget hat. Wir glauben, daß dieser Vorhang in seiner Art einzig darsteht. Es ist ja schon in früheren Seiten von Amtsblättern nicht viel zu halten gewesen. Wir glauben aber doch sagen zu können, daß selbst bei dem kleinsten, von irgend einem Landrate in Ostelbien abhängigen Amtsblatt früher so etwas einfach so gut wie ausschlossen gewesen wäre. Jedenfalls in den letzten zwanzig Jahren vor der Revolution. Denn aus den Seiten des Kulturmärktes der 70er und 80er Jahre sind solche Fälle allerdings bekannt. Die Rückkehr zu diesen Seiten wird dana-

von den Gegnern der konfessionellen Schule als Fortschritt bezeichnet! Wir stellen also fest: Der "Dresdner Anzeiger" befindet sich so in Abhängigkeit, daß er es nicht wagen darf, im Inseratenteile, in dem irgend ein Vorstadtkino seinen Schnauz anpreisen kann, eine Bekanntmachung des katholischen Schulvorstandes wiederzugeben, die zudem nichts anderes bedeutet, als der deutschen Reichsverfassung Geltung zu verschaffen. Auf Grund dieses Vorverständnisses muß also der "Dresdner Anzeiger" von der ersten bis zur letzten Seite folgerichtig als das Organ der im Rathause herrschenden Richtung angesehen und demgemäß eingestuft werden. Wie stellen sich die Verfichter der "Freiheit", die Herren Minister a. D. Buck, Kirchhoff und so weiter, die gestern in den Stadtrat gewählt worden sind, zu dieser Angelegenheit? Vielleicht überlegt sich auch Herr Arzt in den von ihm bewohnten Fürstenzimmern des Taschenbergs als einmal, wie so etwas mit seinen Worten im Rathausaal in Dresden-Reußstadt vereinbar ist! Auf jeden Fall hat die Linke in Dresden, wenn sie dem auch nur stillschweigend zustimmt, keinerlei Recht, sich irgendwie über landstädtische Übergriffe und vergleichbare von früher zu beschweren. Der rückständige Landrat in Sinterpommern ist weit in den Schatten gestellt von den Inhabern der Gewalt im Kreisstaate Sachsen, die es fertig bringen, dafür Sorge zu tragen, daß das Amtsblatt in Dresden, das zugleich öffentliches Organ sein will, nicht risikiert darf, ein Inserat aufzunehmen, das zur Einhaltung der Bestimmungen der Reichsverfassung auffordert. Man hat es ja aber auch so leicht. Ein Wink — und der "Dresdner Anzeiger" folgt! Es lebe die "Freiheit"!

Nene Brot- und Mehlprixe ab 1. Januar 1920

Wie bereits aus den durch die Presse gegangenen Notizen ersichtlich gewesen ist, haben sich die zuständigen Reichsstellen genötigt gegeben, sogenannte Lieferprämien festzulegen, um durch sie auf eine möglichst umfassende Ablieferung der Ernte hinzuwirken. Infolge der verplagten Ernte, des frühen Frostes und der Transport Schwierigkeiten sind die Lieferungen an Brotgetreide und Mehl hinter denen der Vorjahre erheblich zurückgeblieben. Hinzu kommt, daß weite Kreise der Landwirtschaft in den jetzigen Preisen ein den gesteigerten Löhnen und Unkosten nicht mehr entsprechend Entgelt sehen, wodurch die Lieferungsbereitschaft erheblich leidet. Zur Befriedigung aller dieser Schwierigkeiten haben die eingangs erwähnten Lieferprämien zu dienen. Eine Übernahme des dadurch entstehenden Aufwandes durch das Reich ist mit Rücksicht auf dessen ungünstige Finanzlage ausgeschlossen. Daß die Aufwendungen von den Verbrauchern getragen werden müssen. Da weiter gleichzeitig auch die bisher aus Reichsmitteln durchgeführte Verbilligung des Mehlens aufhort, erhöht sich vom 1. Januar 1920 ab der Preis für das von der Reichsgastronomie gelieferte Mehl um 46,50 Mark für den Doppelzentner. In Anlehnung hieran und unter Berücksichtigung des am 1. Januar 1920 in Kraft tretenden Umsatzsteuergesetzes und der sonstigen gestiegenen Unkosten ergeben sich für das Gebiet des Gemeindeverbundes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Reußstadt) die aus der in dieser Nummer abgedruckten Bekanntmachung ersichtlichen neuen Brot- und Mehlprixe. Hierzu kostet vom 1. Januar 1920 ab ein Pfund Schwarzbrot 5,5 Pf. (bisher 34 Pf.), das Schwarzbrot 4,40 Pf. (bisher 15 Pf.), 70 Gramm Brotback 28 Pf. (bisher 24 Pf.).

* Die geistige Schönheit der Stadtverordneten unter dem Vorsitz des Herrn Finanzministers a. D. Ritsche war verhältnismäßig nur von kurzer Dauer. Der Öffentlichen war eine geheimer Sitzung vorausgegangen. Der Rat teilte mit, daß er dem Beschlüsse der Stadtverordneten die Lohn erhöhungen für die Probelehrer und Führer der Städtischen Straßenbahn bereits am 1. September — nicht erst am 1. Oktober — in Kraft treten zu lassen, nicht beigetreten sei. Ferner lag eine Beschwerde der Kranken mehrerer Stationen des Krankenhauses in der Johannstadt, betr. die Bekämpfung in den Krankenanstalten, vor. Nach einer längeren Aussprache nahm das Kollegium die Ratsvorlage zur Unterstützung des Philharmonischen Orchesters einstimmig an. Weiter beschloß das Kollegium die Errichtung einer Schulzahnklinik und stimmte der Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen höheren Schulen nach den vom Rate vorgeschlagenen Sätzen zu. Als Mitglieder der Prüfungskommission für Kinovorführungen bei der Polizeidirektion wurden die Stadtverordneten Clausius und Pöhlert gewählt. Den Schluß der Sitzung bildete ein Bericht des Vorstehers über die Tätigkeit des Kollegiums und der einzelnen Ausschüsse im letzten Geschäftsjahr.

Außerdem handelte es sich um die neuwählten Ratsherren auf Grund der neuen Wahlordnung statt. Wie bereits mitgeteilt, hatte sich das Kollegium auf eine gemeinsame Liste geeinigt, so daß die Wahl ohne jeden Zwischenfall verlief. Durch Zuruf wurden zu unbeködeten Ratsherren gewählt auf die nächsten zwei Jahre: Redakteur Barthel (Soz.), Stadtrat Hofrat Dies (Freie Gruppe), Stadtverordneter Minister a. D. Kirchhof (Soz.), Frau Marie Trittm (Dem.), Frau Dr. med. Stegemann (Soz.), Stadtrat Oskar Schulze (Sozialdemokraten), auf die nächsten vier Jahre: Stadtverordneter Geschäftsführer Borch (Sozialdemokraten), Stadtverordneter Gerichtsleiter Eggert (Dem.), Frau Anna Grädnauer (Soz.), Stadtrat Bankdirektor Dr. jur. Krüger (Freie Gruppe), Stadtverordneter Bädermeister Schöne (Soz.), Buchdrucker Ernst Lorenz (Unabh.), Stadtrat Gläsermeister Weißlich (Gruppe der Rechten). Auf die nächsten 8 Jahre: die Stadtrat Minister a. D. Buck (Soz.), Kaufmann Braune (Soz.) Volkschuloberlehrer Bed (Dem.), Kaufmann Christoph (Freie Gruppe), Geschäftsführer Eggert (Soz.), Fabrikbesitzer Gottschalk (Gruppe der Rechten), Fabrikdirektor Hornisch (Freie Gruppe) und Kaufbeamter Krüger (Soz.). Ferner wurde beschlossen, daß die am 31. Dezember 1921 durch Ausscheiden der auf 2 Jahre gewählten Stadträte freiwerdenden Plätze von den Gruppen befüllt werden sollen, die die ausscheidenden Stadträte vorgeschlagen haben.

Herrn), Fabrikdirektor Hornisch (Freie Gruppe) und Kaufbeamter Krüger (Soz.) — Ferner wurde beschlossen, daß die am 31. Dezember 1921 durch Ausscheiden der auf 2 Jahre gewählten Stadträte freiwerdenden Plätze von den Gruppen befüllt werden sollen, die die ausscheidenden Stadträte vorgeschlagen haben.

* Die Schwierigkeiten des Zoologischen Gartens bildeten den Gegenstand der Beratung einer gestern stattgefundenen außerordentlichen Hauptversammlung unter dem Vorsitz des Majors Büttner-Wobst, der ein trübes Bild der künftigen Lage des Gartens entrollte. Er wies darauf hin, daß die Steuerbehörden den Garten genau wie andere Unternehmungen mit den neuen hohen Steuern beladen könnten, da die gemeinnützige Wissenschaft des Zoologischen Gartens noch nicht genügend beigelegt worden sei. Wenn die Aktiengesellschaft nicht infolge der drohenden Steuern zusammenbrechen sollte, so müßten verschiedene Vergnügungen der Aktionäre wegfallen. Der Aussichtsrat schlug vor, den Aktionären fünfzig bei der Lösung von Dauerkarten auf jede Aktie jährlich 6 Mark anzutreten. Auch der Direktor Professor Dr. Brandes wies auf die Lage des Gartens hin und hob hervor, daß die Aktionäre auch in anderen Städten ihrer Vorteile verlustig gegangen seien. Ratskommissar Stadtrat Dr. Krumbiegel teilte mit, daß er den Antrag stellen wolle, für dieses Jahr das gesamte für gemeinnützige Zwecke vorgesehene Zinsenviertel der Heppel-Stiftung in Höhe von 95 000 Mark dem Garten zur Verfügung zu stellen. Der gemeinnützige Charakter des Elterns müsse jedoch gewahrt werden. Nach einer längeren Ansprache erklärte sich die Versammlung mit den Vorschlägen des Aussichtsrates gegen 2 Stimmen einverstanden.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Volksverein für das kathol. Deutschland, Ortsgruppe Dresden-Altstadt. Der Volksverein veranstaltete am 1. Weihnachtstage im großen Saal des Gesellenhauses eine liebliche, überaus gut besuchte Weihnachtsfeier. Präul, Krähl grüßte in zwei Gedichten die Christnacht, die überall Glück und Segen spendet. Präul, Rödel trug mit ihrer Klangovalen, schönen Stimme zwei Lieder vor, die allen die wahre Weihnachtsfeier brachten. Der Geschäftsführer Kaplan Dr. Jätußach erklärte in seiner Ansprache die drei Symbole der Weihnacht: Krippe, Christbaum und Weihnachtslied und forderte zum Schlusse alle Anwesenden auf, einstimmig einzutreten für die konfessionelle Schule. Herr Postsekretär Spronkel griff den letzten Gedanken auf und begeisterte die Versammlung, so daß alle, die älter Kinder zum ersten Male zur Schule schickten, dies nur in kathol. Schulen anmelden werden. Der wahre Weihnachtsfeier kann uns und unseren Kindern nur dann erhalten, wenn die Kleinen in der Schule über die Gottheit Christi und die segensreiche Aufgabe des Christentums von katholischen Lehrern unterrichtet und zu brauchbaren katholischen Christen erzogen werden. Den Weißfall aller Anwesenden erzielten die Lebenden Bilder, die unter der Leitung der Schwester Mariana und Alphonse von den Händlern des Wallenhauses und einiger Schulmädchen meisterhaft dargestellt wurden. Schehend war auch das Melodrama "Das Glöcklein von Innisfil", ausgeführt von Herrn Oberlehrer Schneider, Hochorganist Schneider und den Kapellknaben. Ein kleiner, sechsjähriger Della-Mator — Schneider ist sein Name — sang unter großem Beifall ein Halbdutzend Gedichte an das Jesuskind vor, dem sich Präul, Rödel mit einer ähnlichen Della-Mation anschloß. Die reich ausgestattete Gabenlotterie, die von einigen Damen unserer Ortsgruppe eingerichtet worden war, verfehlte ihren Zweck nicht; denn bereits vor Anfang der Feier waren sämtliche Lose verkauft. Der lebhafte Weißfall der Anwesenden legte das beste Zeugnis für die gute Aufnahme der Darbietungen ab. Auch hier sei allen Mitwirkenden der herzlichste Dank ausgesprochen! Mit dem Wunsche, es möge dieser Sammlabend nicht der letzte innerhalb unserer Ortsgruppe gewesen sein, gingen alle hochbefriedigt nach Hause.

Dresden. Der katholische Arbeiterverein St. Joseph hält Sonntag, den 4. Januar abends 8 Uhr im Gesellenhaus seine Hauptversammlung ab. Um zahlreiches Gescheine, besonders der Fachabteilungsmitglieder, wird gebeten.

Dresden. Katholischer Männergesangverein. Wegen des Neujahrsfestes fällt die Übungslunde Donnerstag, den 1. Jan. aus; dafür werden die Mitglieder gebeten Freitag, den 2. Jan. abends 8,5 Uhr pünktlich und vollständig im Vereinslokal, Bierentorh., 1. Stock, vorheriges Zimmer zum Übungsbabend zu erscheinen. Gleichzeitig werden sangslustige Herren aufgefordert sich dem katholischen Gesangverein anzuschließen, der sich neben der Pflege des weltlichen Gesanges auch die des kirchlichen zu seiner Aufgabe gestellt.

Grunau-Schöndorf. Im Bericht vom 24. d. Dis. muß es heißen: Am Sonntag, den 21. Dezember hielt der Volksverein etc. (nicht Arbeiterverein).

Parteinachrichten

An die Ortsgruppen der Sächsischen Zentrumspartei

Das erste Flugblatt der Sächsischen Zentrumspartei ist soeben erschienen und wird in den nächsten Tagen zum Verkauf kommen. Es beinhaltet sich "Volk und Vaterland". Soweit Ortsgruppen auf Grund des Rundschreibens vom 18. Nov. noch nicht bestellt haben, bitten wir, die Bestellungen sofort uns zukommen lassen zu wollen. Auch Nachbestellungen auf das Flugblatt von den Ortsgruppen, die schon bestellt haben, werden noch entgegengenommen. Das Flugblatt soll nicht nur den Mitgliedern der Ortsgruppen, sondern allen Zentrumsbürgern zugänglich gemacht werden. Ja, wenn möglich, soll es auch darüber hinaus in der Wählerschaft Verbreitung finden. Wir richten den dringenden Appell an sämtliche Ortsgruppenvorstände, für weiteste Verbreitung des Flugblattes Nr. 1, dem bald weitere folgen sollen, Sorge zu tragen. Das Parteisekretariat Dresden - A. 16, Holbeinstraße 46.

Dresden-Johannstadt. Es wird nochmals auf die Zentrumsparteiversammlung am 2. Januar im kleinen Saale von Hammers Hitzl, Augsburger Straße 7, hingewiesen, in der Rechtsanwalt Dr. Hille über konfessionelle Schule und Reichsverfassung sprechen wird. Beginn halb 8 Uhr.

Sächsische Zentrumspartei, Ortsgruppe Leipzig Die Leitung der Leipziger Zentrumspartei hatte Sonnabend mittag die Mitglieder des Hauptvorstandes, sowie die Obmänner und Vertrauliche Leute der Partei zu einer Sitzung in den Thüringer Hof eingeladen. Dem Rufe war

